

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
09.11.2016
- 3 Anmietung von Wohnungen der Pro Potsdam GmbH im Bornstedter Feld
Vorlage: 16/SVV/0727
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 4 Stellungnahme der Landeshauptstadt Potsdam zum Entwurf des
Landesentwicklungsplanes Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom
19. Juli 2016
Vorlage: 16/SVV/0757
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Struktur der städtischen Gesellschaften in den Bereichen Vermarktung,
Wirtschaftsförderung und Standortmanagement
Vorlage: 16/SVV/0469
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW
- 5.2 Richtlinie zur Förderung der Ortsteile über Sachaufwendungen gem. § 46 Abs. 4
BbgKVerf
Vorlage: 16/SVV/0512
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5.3 Straßenbaubeitragssatzung
Vorlage: 16/SVV/0527
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 5.4 Ordnungsbehördliche Verordnung der Landeshauptstadt Potsdam über
Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass
besonderer Ereignisse für das Jahr 2017
Vorlage: 16/SVV/0653
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 5.5 Verbesserung der Kontrolle städtischer Betriebe
Vorlage: 16/SVV/0636
Fraktion DIE aNDERE
- 5.6 Erweiterung der rechtlichen Grundlagen für den Gestaltungsrat
Vorlage: 16/SVV/0669
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 6 Verständigung zur Einwohnerfragestunde
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 Sachstand zum Prüfauftrag gemäß Bericht zur Einwohnerversammlung "Abfahrt Zentrum Ost" vom 22. April 2016
Vorlage: 16/SVV/0579
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 7.2 Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Nuthestraße
Vorlage: 16/SVV/0698
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 7.3 Prüfung der Errichtung einer Informationstafel im Wohngebiet am Schlaatz
Vorlage: 16/SVV/0706
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 7.4 Pfingstberghang / Villa Henckel, Wiederherstellung der öffentlichen Zugänglichkeit
Vorlage: 16/SVV/0708
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 7.5 Touristischer Marketingplan 2017
Vorlage: 16/SVV/0734
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 7.6 Servicepunkt Polizei und Ordnungsamt Tuchmacherstr. 38
Vorlage: 16/SVV/0735
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 8 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung und verweist darauf, dass der Maler Herr Joachim Scheel wie angekündigt die heutige Sitzung nutzt, um die Hauptausschussmitglieder zu zeichnen. Er wird dies auch in den nächsten beiden Sitzungen tun. Die Zeichnungen werden im Büro StVV ausgestellt und können auch erworben werden.

Gegen dieses Anliegen erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 09.11.2016**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung schlägt er vor, diese um eine Information zur beabsichtigten Überarbeitung der Stadtordnung unter „Mitteilungen der Verwaltung“ zu erweitern.

Im Weiteren soll der Tagesordnungspunkt **5.1** – Struktur der städtischen Gesellschaften in den Bereichen Vermarktung, Wirtschaftsförderung und Standortmanagement, **16/SVV/0469** auf Bitte der Antragstellerin bis **März 2017 zurückgestellt** werden.

Ebenso **zurückgestellt** werden soll der TOP **5.6** – Erweiterung der rechtlichen Grundlagen für den Gestaltungsrat, **DS 16/SVV/0669**, um diesen zusammen mit einem avisierten Antrag der Fraktion DIE aNDERE im **Januar 2017** beraten zu können.

Darüber hinaus liegen **Anträge auf Rederecht** für den Sprecher der Einwohnerversammlung Herrn Michael Quabis zum TOP 7.1 - DS **16/SVV/0579**, Sachstand zum Prüfauftrag gemäß Bericht zur Einwohnerversammlung "Abfahrt Zentrum Ost" vom 22. April 2016 vor, der zu der genannten Mitteilungsvorlage Stellung nehmen möchte

und

von Frau Marilyn Schröder zum TOP 7.4 – Mitteilungsvorlage, DS **16/SVV/16/SVV/0708**, Pfingstberghang / Villa Henckel, Wiederherstellung der öffentlichen Zugänglichkeit.

Gegen die beantragten Rederechte erhebt sich kein Widerspruch.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wann mit dem nächsten Sachstandsbericht zum Entwicklungsbereich Krampnitz zu rechnen sei, entgegnet Herr Goetzmann, Fachbereichsleiter Stadtplanung und Stadterneuerung, dass dieser planmäßig in der nächsten Hauptausschusssitzung am 14.12.2016 vorgelegt werde.

Die so geänderte Tagesordnung wird **einstimmig bestätigt**.

Die **Niederschrift** des öffentlichen Teils der 47. Sitzung des Hauptausschusses vom 09.11.2016 wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Anmietung von Wohnungen der Pro Potsdam GmbH im Bornstedter Feld
Vorlage: 16/SVV/0727
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung Herr Schubert bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Mietvertrag mit der Pro Potsdam GmbH über die Anmietung von 34 Wohnungen und einem Gemeinschaftsraum voraussichtlich ab dem 4. Quartal 2019 gemäß Anlage zu schließen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 4 Stellungnahme der Landeshauptstadt Potsdam zum Entwurf des Landesentwicklungsplanes Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 19. Juli 2016
Vorlage: 16/SVV/0757
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Goetzmann bringt die Vorlage ein und verweist darauf, dass diese Stellungnahme entsprechend des Auftrags der Stadtverordnetenversammlung, DS 16/SVV/0396, vom 06.07.2016 dem Hauptausschuss vorgelegt werde. Er erläutert die Kernpunkte der Stellungnahme, die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügt ist, an Hand einer Power-Point-Präsentation (dem TOP im RIS als Anlage beigefügt). Er betont, dass die Stellungnahme bis zum 15.12.2016 bei der Landesabteilungsplanung vorliegen müsse, so dass eventuelle Änderungen in der heutigen Sitzung abschließend zu besprechen seien.

Der Oberbürgermeister führt im Weiteren aus, dass nicht nur Potsdam, sondern alle regionalen Gebietskörperschaften sowie die Regionale Planungsgemeinschaft und der Städte- und Gemeindebund sich dazu äußern und versucht werde, sich diesbezüglich abzustimmen. Allerdings sei die „Körnigkeit“ sehr unterschiedlich.

Auf Bitte von Herrn Kirsch wird die Power-Point-Präsentation den Fraktionen zur Verfügung gestellt.

Nach Beantwortung einzelner Rückfragen betont Herr Goetzmann, dass es darum gehe, Handlungsoptionen und Spielräume zu erhalten, unabhängig davon, ob diese in jedem Fall auch so genutzt werden. So wie die Landesstrukturplanung jetzt ausgewiesen sei, handle es sich um ein restriktives Instrument.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Landeshauptstadt Potsdam gibt im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Landesentwicklungsplanes Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) vom 19. Juli 2016 die in der Anlage 1 befindliche Stellungnahme gegenüber der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung ab.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Struktur der städtischen Gesellschaften in den Bereichen Vermarktung, Wirtschaftsförderung und Standortmanagement

Vorlage: 16/SVV/0469

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

zurückgestellt bis März 2017

zu 5.2 Richtlinie zur Förderung der Ortsteile über Sachaufwendungen gem. § 46 Abs. 4 BbgKVerf

Vorlage: 16/SVV/0512

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
vorbehaltlich der Beratung in allen Ortsbeiräten

Der Oberbürgermeister verweist eingangs darauf, dass die Ortsbeiräte Golm, Groß Glienicke, Grube, Neu Fahrland, Marquardt, Fahrland, Uetz-Paaren und Satzkorn zugestimmt haben

Der Ortsbeirat Eiche empfehle Änderungen, die den Hauptausschussmitgliedern mit den Stellungnahmen der Fachausschüsse vorliegen:

Er empfiehlt, diesen Änderungswünschen nicht zuzustimmen, da versucht wurde, eine für alle Ortsteile einheitliche Regelung zu finden.

Abstimmung:

Die vom OBR Eiche vorgeschlagenen Änderungen werden zur Abstimmung gestellt:

- Ziffer 1 Abs. 5:
 - 1. Spiegelstrich: ist zu streichen
 - 4. Spiegelstrich: ist wie folgt zu ändern:

„- Bewirtungskosten bei Veranstaltungen im Sinne des § 46 Abs. 4 BbgKVerf, die ~~mehr als 20 % der bewilligten Mittel betragen~~ oder einen Betrag von max. ~~7,50 €~~ **25,00 €** pro teilgenommener Person übersteigen, ein ggfs. übersteigender beantragter Betrag wird gekürzt.“
 - 6. Spiegelstrich: ist wie folgt zu ändern:

„- Ehrungen und Jubiläen mittels ~~Gutscheinen oder~~ Barzuwendungen.“
- Ziffer 1 Abs. 3 a):

„... (z.B. Sportförderung, Zuschüsse des Fachbereichs Feuerwehr usw.).“
ist zu streichen.

Abstimmungsergebnis
mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei 3 JA-Stimmen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Richtlinie zur Förderung der Ortsteile über Sachaufwendungen gem. § 46 Abs. 4 BbgKVerf.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 5.3 **Straßenbaubeitragssatzung**

Vorlage: 16/SVV/0527

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Die Ausschüsse für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sowie für Finanzen haben der Vorlage einstimmig zugestimmt. Die Ortsbeiräte Neu Fahrland, Eiche, Grube, Uetz-Paaren und Fahrland haben diese zur Kenntnis genommen. Der Ortsbeirat Groß Glienicke empfiehlt die Annahme der Vorlage; der Ortsbeirat Marquardt die Ablehnung.

Der Ortsbeirat Satzkorn plädiert für eine Annahme, allerdings unter der Maßgabe, dass es eine Einzelfallsatzung für ländlich geprägte Ortslagen gebe.

Da kein Redebedarf besteht, wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen und von Kostenersatz für Grundstückszufahrten der Landeshauptstadt Potsdam (Straßenbaubeitragssatzung)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	16
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 5.4 **Ordnungsbehördliche Verordnung der Landeshauptstadt Potsdam über Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass besonderer Ereignisse für das Jahr 2017**

Vorlage: 16/SVV/0653

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass mit dieser Vorlage (so wie im Jahr 2016 auch) die gleichen sechs besonderen Ereignisse für verkaufsoffene Sonntage beantragt werden. Zwar werde auf Landesebene eine Novellierung des Ladenöffnungsgesetzes angestrebt, um flexiblere Öffnungszeiten zu ermöglichen, aber diese sei noch nicht in Kraft.

Deshalb schlage er vor, die jetzt vorliegende Ordnungsbehördliche Verordnung zu beschließen, um damit den Händlern auch entsprechende Vorläufe z.B. für die Bewerbung dieser Sonntage zu ermöglichen. Wenn die neue Regelung des Landes in Kraft gesetzt werde, soll der Beschluss für die dann noch bevorstehenden Sonntage angepasst werden.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Ordnungsbehördliche Verordnung der Landeshauptstadt Potsdam über Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass besonderer Ereignisse für das Jahr 2017

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **16**
Ablehnung: **1**
Stimmenthaltung: **0**

zu 5.5 Verbesserung der Kontrolle städtischer Betriebe

Vorlage: 16/SVV/0636

Fraktion DIE aNDERE

Herr Kube bringt den Antrag ein, der anschließend zur Abstimmung gestellt wird:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für die Umsetzung folgender Strukturveränderungen in den städtischen Betrieben aus:

1. Der Aufsichtsratsvorsitz soll künftig nicht mehr durch Personen wahrgenommen werden, die in einem beruflichen Abhängigkeitsverhältnis vom Gesellschaftervertreter stehen.
2. Die Aufsichtsräte sollen so vergrößert werden, dass alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung vertreten sind.
3. Die Aufsichtsräte sollen um Vertreter*innen von Vereinen und Verbänden erweitert werden.
4. Protokolle und Unterlagen der städtischen Betriebe sollen - sobald und soweit wie möglich - veröffentlicht werden.
5. Die Aufsichtsratssitzungen sollen - sobald und soweit wie möglich - öffentlich stattfinden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe einzuberufen, in der Vertreter*innen des Beteiligungsmanagements, des Rechtsamtes und aller Fraktionen vertreten sind. In dieser Arbeitsgruppe sollen Modelle zur Umsetzung der o.g. Vorschläge entwickelt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **2**
Ablehnung: **11**
Stimmenthaltung: **4**

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

- zu 5.6 Erweiterung der rechtlichen Grundlagen für den Gestaltungsrat**
Vorlage: 16/SVV/0669
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt

- zu 6 Verständigung zur Einwohnerfragestunde**

Der Oberbürgermeister verweist auf die schriftlich vorliegenden Einwohnerfragen, die alle (soweit es zulässig ist) von der Verwaltung beantwortet werden. Frage 13 steht dabei unter dem Vorbehalt, dass der Fragesteller Potsdamer Einwohner ist.

Zu der Nachfrage von Herrn Kirsch, wie mit der Beantwortung der Frage 10/ Unterfrage 5 umgegangen werden solle, da hier die Stadtverordneten gefragt werden, regt der Oberbürgermeister eine Verständigung im Ältestenrat an.

- zu 7 Mitteilungen der Verwaltung**

- zu 7.1 Sachstand zum Prüfauftrag gemäß Bericht zur Einwohnerversammlung**
"Abfahrt Zentrum Ost" vom 22. April 2016
Vorlage: 16/SVV/0579

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Eingangs erhält der Sprecher der Einwohnerversammlung Herr Michael Quabis das Rederecht und nimmt zu der vorliegenden Mitteilungsvorlage Stellung. Er merkt kritisch an, dass der Inhalt derselben nicht an die Einwohner übermittelt wurde und ausschließlich „kosmetische Aktivitäten der Verwaltung“ ausweise. Die Probleme der Einwohner werden nicht angegangen und kein Lösungsweg angeboten. Allein die damit verbundenen Kosten seien kein akzeptables Argument, so dass die Einwohner nach wie vor die Öffnung der Abfahrt fordern sowie die Einbeziehung in die weitere Gestaltung.

Herr Dr. Scharfenberg betont in seinen Ausführungen, dass sich die Fraktion DIE LINKE für das Anliegen stark gemacht und die gewählte Form der Beteiligung der Einwohner sehr begrüßt habe. Im Ergebnis der Einwohnerversammlung sei die zentrale Forderung die Wiederöffnung der Zufahrt Zentrum Ost gewesen, so dass er kein Verständnis für die vorliegende Mitteilungsvorlage habe. Er fordert, das Anliegen mittelfristig umzusetzen und sich nicht damit abzufinden, dass es „so ist wie es ist“. Dies insbesondere deshalb, weil die Anwohner die Schließung der Abfahrt nicht als Verbesserung betrachten und deshalb sei seine Fraktion auch bereit, einen entsprechenden Antrag in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen.

Herr Goetzmann verweist auf den mit der DS 16/SVV/0836 erteilten Auftrag an die Verwaltung, zum einen eine Einwohnerversammlung durchzuführen und zum anderen eine ergebnisoffene Prüfung der Wiederöffnung der Zufahrt durchzuführen. Über die Einwohnerversammlung sei im Sommer berichtet worden und nun werde das Ergebnis des zweiten Teils des Auftrags vorgelegt. Von daher solle es der Verwaltung nachgesehen werden, dass die Mitteilungsvorlage das Ergebnis der fachlich sachlichen Prüfung enthalte und keine Würdigung im Sinne der Einwohnerversammlung. Er macht deutlich, dass

allein ein Antrag für das vorgetragene Anliegen nicht ausreiche, sondern es auch einer fachlichen Planung mit einer ungefähren Größenordnung von 50 – 80 TEuro bedarf.

Frau Dr. Müller zitiert ihrerseits aus der genannten Drucksache mit der ein „geeignetes Konzept“ gefordert wurde und insofern sehe sie den Auftrag an die Verwaltung als nicht erfüllt an. Der Prozess des gemeinsamen Arbeitens an der Problemstellung habe ihrer Meinung nach noch gar nicht begonnen.

Der Oberbürgermeister verweist auf die in der Vorlage aufgelisteten Maßnahmen, um diesen Auftrag zu erfüllen. Den Vorwurf, hier sei leichtfertig und nur mit kosmetischen Maßnahmen herangegangen worden, weise er zurück. Mit einem entsprechenden Antrag für die Stadtverordnetenversammlung könne auch der Gesamtkontext noch einmal betrachtet werden.

Herr Heuer stellt auf eine ausführliche Behandlung dieser Mitteilungsvorlage im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr ab, wo dieser Sachverhalt seiner Meinung nach auch hingehöre. Er betont, dass es zahlreiche Maßnahmen gebe, die im genannten Ausschuss vorgestellt wurden und in diesem Kontext zu betrachten seien.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Nuthestraße

Vorlage: 16/SVV/0698

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf den Auftrag, die Lärmbelastung für die Anwohner zu senken und betont, dass er über das vorliegende Ergebnis enttäuscht sei. Da eine Lärmschutzwand nicht realisierbar sei, frage er, was gegen die vorgeschlagene zeitlich begrenzte Geschwindigkeitsbegrenzung spreche.

Herr Goetzmann verweist seinerseits auf die letzten drei Abschnitte der Mitteilungsvorlage und begründet, warum unter diesen Umständen keine ermessensfehlerfreie Entscheidung möglich sei.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Prüfung der Errichtung einer Informationstafel im Wohngebiet am Schlaatz

Vorlage: 16/SVV/0706

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Goetzmann führt dazu aus, dass diese Vorlage in den Hauptausschuss überwiesen wurde, um darüber zu informieren, ob für die dauerhafte Realisierung eine Lösung gefunden wurde. Dies könne er bestätigen.

Über die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wann die Tafel aufgebaut ist, wird in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses informiert.

zu 7.4 Pflingstberghang / Villa Henckel, Wiederherstellung der öffentlichen Zugänglichkeit

Vorlage: 16/SVV/0708

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Eingangs erhält Frau Schröder von der Pflingstberginitiative das Rederecht, stellt die Auffassung der Initiative zu den Abläufen und Abstimmungsergebnissen dar und verlässt als Zeichen des Protestes mit mehreren Mitgliedern anschließend den Sitzungssaal.

Im Weiteren erläutert Herr Goetzmann an Hand einer Power-Point-Präsentation den Arbeitsstand und die geplanten drei Bauabschnitte für die allerdings noch der zeitliche Rahmen fehle. Er gehe davon aus, dass im Frühjahr 2017 die Basis für einen entsprechenden Vertrag, der die behördlichen Genehmigungen und Verbindlichkeiten umfasse, gegeben sei.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass er die Vorgehensweise der Bürgerinitiative bedauere. Er verweist im Weiteren darauf, dass die Diskussion vor zwei Jahren mit dem Ziel begonnen habe, den Zaun schnellstmöglich abzubauen. Mit der DS 16/SVV/0326 sei der Auftrag für einen Zeitplan zur schrittweisen Wiederherstellung der öffentlichen Zugänglichkeit des Parks am Pflingstberg an die Verwaltung gegeben worden und dieser sei nun immer noch offen. Die Fraktionen wollen den Prozess gern begleiten und darüber hinaus sollte auch die Bürgerinitiative, z. B. über einen Konsultationsmechanismus, einbezogen werden.

Auf seine Nachfrage, wann zumindest ein Teil des Parks wieder öffentlich zugänglich gemacht werde, betont Herr Goetzmann, dass ein Zeitplan mit den Beteiligten zu vereinbaren und eine konkrete Terminnung somit schwierig sei. Der Oberbürgermeister betont, dass die Stadt hierfür „nichts in der Hand“ habe und „nur die Genehmigungen“ erteile. Aber auch diese müsse sorgsam abgewogen werden. Bezüglich der Kommunikation mit der Bürgerinitiative sei es so, dass es nicht allzu viel zu kommunizieren gegeben habe. In diesem Zusammenhang sei der Auftritt der Bürgerinitiative kontraproduktiv gewesen und erwarte er eine Entschuldigung.

Im Ergebnis wird eine weitere Berichterstattung im Februar 2017 vereinbart, auch wenn bis dahin ein konkreter Zeitplan noch nicht vorliege.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.5 Touristischer Marketingplan 2017

Vorlage: 16/SVV/0734

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Jennert, Geschäftsführer der Potsdam Marketing und Service GmbH, der anschließend an Hand einer Power-Point-Präsentation den Touristischen Marketingplan 2017 erläutert und die Nachfragen der Hauptausschussmitglieder beantwortet.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.6 Servicepunkt Polizei und Ordnungsamt Tuchmacherstr. 38
Vorlage: 16/SVV/0735
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung Herr Schubert bringt die Vorlage ein.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

neu Überarbeitung der Stadtordnung

Der Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung Herr Schubert informiert über die beabsichtigte Anpassung und Aktualisierung der Stadtordnung, mit dem Ziel, diese im Dezember 2017 fertig zu stellen.

Bezüglich des Vorschlags von Herr Heuer, diesen Prozess mit der Bürgerbeteiligung zu koppeln, sagt er eine Prüfung zu, obwohl er dies wegen der Bindung an rechtliche Grundlagen als schwierig einschätze.

zu 8 Sonstiges

Keine Informationen